

„Seltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich, Bezugspreis monatlich 3 RM, 1.50 einjährig, 25 RM. Botenporto; durch die Post monatlich 3 RM, 1.50 einjährig, 25 RM. Postzustellungsbefreiung; zugestrichen 36 RM. Postgebühr. — Bestellungen bei den Postämtern, Verteilern und unteren Kreisstellen im Kreise.



Verleger: H. Bredelohr, 20. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köpenickerstr. 87. — Fernruf: 23 03 71. Postämter: Postfachamt Berlin Nr. 210 19. — Adressen: Girokonto Nr. 2387 bei der Sparkasse des Kreises Seltow. — G., Berlin W 35. — Geschäfts- und Verlagsort: Berlin-Görlitz.

Seltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Seltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Seltow

Ueber 1500 Menschen lebendig verbrannt Tausende von Mädchen ermordet - Die Schandtaten des roten Spionagedienstes „Sim“

Barcelona, 16. Februar. Bei Aufräumarbeiten in Barcelona wurde eine große Anzahl von Dokumenten über die Tätigkeit der roten Spionagedienstes „Sim“ gefunden. Die Schriftstücke beweisen klar und deutlich, daß die Leitung dieser berüchtigten roten Einrichtung in den Händen von Sowjetrussen lag. Es konnten zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Die Verantwortlichen werden bald ihrer verdienten Strafe zugeführt werden.

Die eingehenden Nachforschungen über die Tätigkeit des roten Spionagedienstes „Sim“ haben ergeben, daß diese Organisation Barcelona und Katalonien in der Art der sowjetrussischen GPU, terrorisierte. Vor allem stand sie bei der GPU, in den Foltermethoden in keiner Weise nach.

Aus einer in Barcelona gefundenen Karte geht hervor, daß die „Sim“ 100000 aktive Agenten, darunter 15000 Frauen, beschäftigte. Die einzige Aufgabe dieser Agenten war die Beseitigung der Bevölkerung und die Sezanzierung neuer Opfer. Es wurde ein Kerker der „Sim“ entdeckt, der ausschließlich dem Verhör von wehrlosen Frauen und junger Mädchen

diente, die unter furchtbaren Foltern gezwungen wurden, ihre Familienmitglieder zu belasten. Nach dem Verhör wurden die Mädchen meistens geschändet und ermordet. Es wurde festgestellt, daß mindestens 2000 Mädchen nicht mehr aus dem Kerker zurückkehrten, unter ihnen eine große Zahl Minderjährige.

Eine andere Folterkammer der „Sim“ war eine Zementfabrik bei Mombada in der Nähe von Barcelona, wo über 1500 Personen bei lebendigem Leibe in den Zementöfen verbrannt wurden. Weiterhin wurden bisher über 50 geheime Friedhöfe entdeckt, wo die von den bolschewistischen Untermenschen Ermordeten verscharrt wurden.

einiger Papiere, Titel oder Aktien sind, die meistens keinem tatsächlichen Wert entsprechen, oder weil sie in der Uebertragung oder dem Erwerb solcher Papiere, Titel oder Aktien Erfahrung besitzen.“ Cuesta kündigt schließlich den Aufbau von Korporationen an, deren einbringlichste Tat die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft sei.

Der spanische Außenminister Graf Jordana betont in „Wille und Macht“: „Das nationale Spanien will zu allen Ländern freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Jegliche Einschränkung seiner Unabhängigkeit und Souveränität ist dabei von aller Diskussion ausgeschlossen.“ Jordana betont damit einem von Deutschland stets eingemommenen Standpunkt, dem sich auch jene Londoner Kreise unterwerfen müssen, die glauben, die Unab-

hängigkeit und Souveränität eines Staates durch goldene Äugeln und wirtschaftliche Fesseln beeinträchtigen zu können. Minister Jordana erklärt dann, wie wenig Freunde in der Welt dem nationalen Spanien in der schwersten Zeit seines großen Ringens zur Seite gestanden hätten. Die meisten hätten sich vorzeitig oder feindselig verhalten. Unter den wenigen, die General Franco hilfreich die Hand gereicht hätten, seien Deutschland und Italien von Anfang an, später Portugal und Japan zu nennen. „Unsere Freundschaft mit diesen Völkern, die in schweren Stunden immer wieder erprobt wurde, hat niemals eine Kränkung erfahren, im Gegenteil, sie ist immer inniger geworden. Unsere Dankbarkeit diesen Völkern und ihren Führern gegenüber wird niemals erlöschen.“

Bolschewistische Untaten an Kindern Massenflucht aus den staatlichen Kinderhäusern

Warschau, 15. Februar. Nach Meldungen aus Moskau befaßten sich in den letzten Tagen mehrere Sowjetblätter mit den Zuständen, die in den sogenannten Erziehungsheimen Sowjetrusslands herrschen. In diesen Anstalten sind bekanntlich jene bedauernswerten Niemandes-Kinder untergebracht, die als praktisches Ergebnis der kommunistischen Lehre von der freien Liebe und der Auffassung von dem Kind als Eigentum des Staates zu Hunderttausenden in die Welt gesetzt und dann ihrem Schicksal überlassen wurden.

Allein in der Zentralrussischen Bundesrepublik mußten, als die unbedeutendsten Kinder sich zu einer Landflucht entwickelten; über 200 000 dieser Geschöpfe in staatlichen Anstalten untergebracht werden. Wie es nun in diesen Anstalten aussieht, verraten zu gleicher Zeit mehrere Moskauer Blätter. Das Jugendblatt „Konfomolnaja Prawda“ erklärt, daß dort „zum Himmel schreiende Mißstände“ herrschen. Sauforgien und litische Zerfahrenheit seien an der Tagesordnung. Überall herrsche ein unvorstellbarer Schmutz, und die Ernährung der Kinder sei unter aller Kritik.

Die „Erzieher“ aber ließen es nicht nur zu, daß unter den Kindern die furchtbaren Sittenverderbnisse überhand nehmen. Sie machten sogar selber mit. Untersuchungen, Alkoholorgien und völlige Verantwortungslosigkeit zeigten diese Leiter aus. In einem Falle sei man der Mißwirtschaft einer ganzen Bande von solchen roten Direktoren darauf nicht anders zu helfen gewillt, als daß sie die ganze Anstalt in Flammen aufgehen ließen. Mit den staatlichen Mitteln werde auf unerhörte Weise gewirtschaftet. Oft seien die Räume der Kinder bei 25 Grad Kälte unangeheizt, und es sei deshalb kein Wunder, daß die in diesen Anstalten untergebrachten Kinder in großen Scharen davongelaufen. Es spreche Bände, wenn man erfahre, daß allein im Gebiet von Archangelst nur weniger als 24 Leiter solcher Kinderhäuser wegen Unterschlagungen und systematischer alkoholischer Ausschreitungen entlassen werden mußten. Die zuständigen Stellen, denen alle diese Mißstände gut bekannt seien, täten aber nichts, um hier Ordnung zu schaffen. Klagen darüber blieben jahrelang unbeantwortet liegen.

Die alte englische Schaukelpolitik Noch immer keine Anerkennung Francos

London, 15. Februar. Reuters parlamentarischer Korrespondent meldet, es sei kaum wahrscheinlich, daß eine schnelle Mitteilung über die Anerkennung der nationalspanischen Regierung durch England und Frankreich bevorstehe.

Man sei sich jedoch darin einig, daß beide Länder gemeinsam vorgehen würden. Ein Hauptgrund, warum noch eine Verzögerung eingetreten sei, liege in der Frage, ob die spanische „Regierung“ tatsächlich noch in Spanien existiere oder nicht. Britischerseits sähe man sich entschlossen zu sein, keine „vorläufigen“ Schritte zu unternehmen, denn man übersehe die Gefahren der Lage nicht und wolle daher von der bisherigen Politik nicht abweichen.

In Beantwortung verschiedener Anfragen erklärte Ministerpräsident Chamberlain am Mittwoch im Unterhaus, daß die Angelegenheit der Anerkennung der nationalspanischen Regierung durch die britische Regierung noch erwogen werde. Er könne daher keine neuen Mitteilungen in dieser Angelegenheit machen. Auf eine Anfrage Hendersons, ob die britische Regierung bereit sei, im spanischen Konflikt zu vermitteln, antwortete Chamberlain: Die britische Regierung wünsche sehr, ein Ende des Krieges in Spanien ohne neues Blutvergießen zu sehen, und sie bleibe mit beiden Seiten in Spanien in Berührung für den Fall, daß die Hilfe der britischen Regierung gewünscht würde. Die britische Regierung halte es aber nicht für wünschenswert, im Augenblick die Verantwortung auf sich zu nehmen, irgendwelche besonderen Friedensbedingungen anzugeben.

Britische Rüstungsanleihe verdoppelt Von 400 auf 800 Millionen Pfund!

London, 15. Februar. Auf Anfrage Atlees, ob der Schatzkanzler irgendeine neue Mitteilung über die Finanzierung des britischen Verteidigungsprogramms machen könne, gab Schatzkanzler Sir John Simon am Mittwoch im Unterhaus bekannt, daß die Regierung beabsichtigt, das im Rahmen des Finanzierungsprogramms für die Aufrüstung vorgesehene Gesetz, das eine Anleihehöchstgrenze von 400 Millionen Pfund zur Finanzierung des Aufrüstungsprogramms vorsehe, zu verdoppeln, das heißt also, die Höchstgrenze von 400 auf 800 Millionen Pfund heraufzusetzen. Der Minister erinnerte daran, daß nach dem Verteidigungsanleihegesetz von 1937 für den

fünfjährigen Verteidigungsplan der Regierung (1937—1942) die Höchstgrenze für Anleihen nur prozessorisch auf 400 Mill. Pfund festgelegt sei. Die Regierung habe in einem Weißbuch, das jetzt veröffentlicht werde, die Gründe dargelegt, warum die ursprünglich vorgesehene Höchstgrenze überschritten werden soll. Bis zum heutigen Tage seien an Anleihegebern für die Aufrüstung 200 Millionen Pfund verwandt worden. Somit würden zur Finanzierung des Verteidigungsprogramms jetzt 600 Millionen Pfund zur Verfügung stehen. Selbstverständlich sei die Regierung bereit, über das Weißbuch eine Aussprache im Unterhaus anzubereiten. Chamberlain regte daraufhin an, daß eine Aussprache über das Weißbuch am Montag und Dienstag stattfinden solle.

„Spaniens Dank wird nie erlöschen“ Die Grundzüge der salangistischen Staatspolitik

Berlin, 15. Februar. In einem Augenblick, da die Weltmächte sich um die Anerkennung General Francos und seiner Regierung winden, veröffentlichten der Generalsekretär der salangistischen Bewegung Spaniens, Staatsminister Fernandez Cuesta, sowie einige weitere Kabinettsmitglieder der Regierung Francos in der politischen Zeitschrift „Wille und Macht“ bemerkenswerte Aufsätze. Minister Cuesta sieht als die Ursache des spanischen Bürgerkrieges die wirtschaftlichen Mißstände der Vergangenheit an und erklärt, daß die sozialen Umstände, die in der Vergangenheit einmal Daseinsberechtigung gehabt hätten, sich zu einer Gefahr für Spanien ausgewachsen hätten, und eine gründliche Erneuerung, die Spanien so dringend notwendig hätte, verschinderten.

Minister Cuesta betont weiter, daß die nationale Revolution Spaniens nicht von völkischen Gesichtspunkten aus betrieben würde, weil sie für die Träger der Revolution Spaniens den Ausdruck einer Idee, eines Begriffes von einer historischen Einheit, die kein Beispiel in der Geschichte kenne, bedeute, und somit dem Nationalismus von Basken und Katalanen in ihrer Sprache, in ihren Liedern und in ihren Einrichtungen überordnet sei. Die nationale Revolution sei kein Feind des Kapitalismus, so erklärt der Minister. „Sie ist aber ein entschlossener Gegner einiger tausend Menschen, die innerhalb der menschlichen Gemeinschaft eine sehr geringe Minderheit darstellen und die sich als etwas Besseres dünken und das Recht zu haben glauben, über das Leben und den Besitz der übrigen Sterblichen zu verfügen, nur weil sie Besitzer

Japara gestorben

Brüssel, 15. Februar. Der belgische Staatsmann und ehemalige Ministerpräsident Henry Japara ist am Mittwoch nachmittag unerwartet gestorben. Japara war 68 Jahre alt. Er erkrankte plötzlich in der Nacht zum Mittwoch und mußte sich noch während der Nacht einer Magenoperation unterziehen. Am Mittwoch morgen hatte er noch den Besuch des Königs an seinem Krankenbett empfangen. Sein Tod trat dann im Laufe des Nachmittags durch einen Schlaganfall ein. Sein überraschender Tod ist um so bemerkenswerter, als Japara noch vor drei Tagen

vom König mit der Neubildung der belgischen Regierung beauftragt worden war und die Verhandlungen in voller Eile durchgeführt hatte. Bekanntlich waren die Verhandlungen mit dem Widerstand der Sozialdemokraten und der familiären Parteien gescheitert. Der am Mittwoch verlorene ehemalige Ministerpräsident Japara war einer der bedeutendsten belgischen Politiker der Nachkriegszeit. Er hatte seine Laufbahn als Rechtsanwalt angefangen und wurde dann Abgeordneter der katholischen Partei. Von 1918 bis 1924 war er hundertmaliger Mitgliedschafts-, Innen- und Außenminister. 1926 wurde er Ministerpräsident und blieb fünf Jahre lang Chef der Regierung.